



I M R A T H A U S

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Gerhard Langemeyer
über StA 01

im Hause

14.06.02

**Sitzung des Rates am 20.06.02, TOP Einführung von Studiengebühren gefährdet den
Wissenschaftsstandort Dortmund, Resolution**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Langemeyer,

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bitten Sie in der Ratssitzung am 20.06.02 folgende Resolution zur Abstimmung zu stellen und der Landesregierung zuzuleiten:

Der Rat der Stadt Dortmund hält die Einführung von Studiengebühren zwecks Einnahmeverbesserungen für den Landeshaushalt für kontraproduktiv und schädlich.

Dortmund hat sich in den vergangenen Jahren als Hochschulstandort profiliert. Der gute Ruf der Dortmunder Hochschuleinrichtungen ist ein wichtiger Standortfaktor für den erfolgreich angelaufenen Strukturwandel. Die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt hängt auch von den Rahmenbedingungen für die Aufnahme eines Studiums ab.

Eben erst konnte der Anstieg der Studienanfänger-Quote von 27,7% (1998) auf 32,4 % im letzten Jahr als Erfolg rot-grüner Bundesbildungspolitik verzeichnet werden. Das sollte jetzt nicht durch kurzfristige Einnahmepolitik aufs Spiel gesetzt werden. Im Gegenteil: Die Konsequenzen aus der PISA-Studie müssen sein, den Bildungsbereich zu stärken.

Mit der geplanten Einführung von Studiengebühren werden die Bedingungen für die Aufnahme und den Abschluss eines Studiums verschärft und Studierende mit geringem Einkommen werden von der Investition in ihre Ausbildung abgeschreckt. Die Gebühren würden die jüngst erfolgte BAFÖG-Erhöhung zunichte machen. Insbesondere die Gebühr für Langzeitstudierende würde die bestrafen, die arbeiten müssen, um ihr Studium zu finanzieren, diejenigen die ein Kind zu betreuen haben sowie Behinderte und Studierende, deren Studienzeit sich durch Krankheit verlängert.

Die Bundesregierung favorisiert den Weg über sogenannte Studienkonten. Studienkonten bieten den Studierenden Gestaltungsfreiraum für ein gebührenfreies Erststudium bis hin zum Doppelten der Regelstudienzeit. Erst danach fallen Gebühren an.

Die nordrheinwestfälische Bildungsministerin Behler (SPD) hatte im November bereits die



IM RATHAUS

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

Einführung von Studienkonten in NRW für das Jahr 2004 angekündigt. Das wäre ein geeigneter Schritt, die Vereinbarkeit von Studium und Beruf oder Familien zu fördern.

Der Rat der Stadt unterstützt den Protest der Studierenden gegen die geplante Maßnahme der Landesregierung zur Sanierung des Haushalts. Er fordert die Landesregierung dringend auf, von der Einführung der Studiengebühren Abstand zu nehmen.

Mit freundlichen Grüßen
B90/DIE GRÜNEN
Gez. Daniela Schneckenburger

f.d.R. Petra Kesper